Weitgehende und wichtige Änderungen schlug die Kommission zu Art. 15 vor. Sie glaubte, daß es nicht genüge, bei politischen Konflikten den Krieg zu verbieten, sondern daß man gleichzeitig die Methoden zur friedlichen Erledigung des Streites fortbilden müsse. Es wurde hervorgehoben, daß man andernfalls den Krieg nur in rechtlicher Hinsicht untersage, tatsächlich aber den Staaten einen Anreiz zur kriegerischen Haltung lasse.

Dem vom Rate einstimmig angenommenen Berichte wurde in dem neuen Art. 15 Abs. 6 bindender Charakter zuerkannt. Allerdings soll dieser Bericht nicht den Charakter eines rechtskräftigen Urteils haben; aber die Parteien sollen sich diesem Berichte fügen müssen. Sie dürfen ihn nicht mehr in Frage stellen. Der Rat hat die Möglichkeit, alle anderen Anregungen zu machen, bevor er sich angesichts des Widerstrebens einer oder mehrerer Parteien dazu entschließt, den Konflikt mittels eines einstimmigen Berichts endgültig zu regeln. Weigert sich eine Partei, dem Berichte zu entsprechen, so kann die Gegenpartei alle Maßnahmen ergreifen, die nicht Krieg bedeuten. Sie kann nötigenfalls den Rat in Bewegung setzen, der die erforderlichen Mittel zur Durchführung vorzuschlagen hat.

Auch für den Fall eines nicht einstimmig angenommenen Berichts (Art. 15 Abs. 7) wollte ein Teil der Mitglieder der Kommission ein Verfahren vorsehen, das mit einer bindenden Entscheidung abschließt. Aber die Mehrheit hielt diesen Vorschlag für zu weitgehend, zumal die geringe Zahl der Ratifikationen zur Generalakte das Widerstreben zahlreicher Mitglieder des Völkerbundes gegen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit zeigt. Man sah daher kein bestimmtes Verfahren vor, sondern überließ dem Rate die Sorge dafür, das in jedem Falle geeignete Verfahren ausfindig zu machen. Um das nicht befriedigende Ergebnis dieser Regelung annehmbarer zu machen, bestimmte man in einem neuen Abs. 7 (der übrigens sowohl für den Abs. 6 wie den Abs. 7 des Art. 15 Bedeutung hat), daß der Rat jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag einer Partei ein Gutachten des Weltgerichtshofs über streitige Rechtsfragen einholen könne. Es erleichtert sicherlich die Lösung einer politischen Streitfrage, wenn die bei ihr in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkte klargestellt sind. Die Anregung, die Einholung eines solchen Gutachtens obligatorisch zu machen, fand keine Billigung; dagegen beschloß die Mehrheit, dem Rate das Recht zu erteilen, solche Gutachten mit Stimmenmehrheit einfordern zu können.

Zu dem Art. 16 wurde keine Änderung vorgeschlagen. Da aber die Zahl der verbotenen Kriege in Art. 12 ff vergrößert worden ist, ist dadurch indirekt das Anwendungsgebiet der Sanktionen erheblich erweitert worden. Künftig sollen gegen einen Rechtsbrecher bei jedem verbotenen Kriege Zwangsmaßnahmen zur Anwendung gelangen. Die Kommission glaubte, daß hierin keine Gefahr zu erblicken sei, da durch die an Art 12 ff vorgenommenen Änderungen der Ausbruch von Kriegen sehr erschwert und somit die Möglichkeit der Anwendung von Sanktionen verringert wäre.

Die Kommission hatte nur einen Bericht auszuarbeiten. Die Entscheidung über die Annahme der Vorschläge liegt der nächsten Völkerbundsversammlung ob. Die von ihr beschlossenen Amendements müssen, um rechtswirksam zu sein, gemäß Art. 26 der Satzung von allen Mitgliedern des Rates und der Mehrheit der in der Bundesversammlung vertretenen Mitglieder ratifiziert werden. Die Erfahrungen, die man mit den bisherigen Satzungsänderungen gemacht hat, zwingen dazu, die Aussichten der Ratifikation sehr weitgehender Amendements gering einzuschätzen. Die Bundesversammlung wird daher sehr eingehend prüfen müssen, ob sie sich vor allem denjenigen Vorschlag der Kommission, wonach ein einstimmig angenommener Bericht des Rates bindend sein soll, zu eigen machen will. Wir glauben übrigens, daß dieser Antrag nicht nur von politischen, sondern auch von rechtlichen Gesichtspunkten aus eine eingehende Prüfung erfordert. Als man das Genfer Protokoll in kurzer Zeit schaffen wollte, blieb der fünften Völkerbundsversammlung kaum ein anderer Ausweg übrig als eine Entwicklung des in Art. 15 der Satzung vorgesehenen Verfahrens. Heute aber sollte man es sich sehr überlegen, ob man einem politischen Organ wie dem Rate die Entscheidung über politische Konflikte, wenn auch nur unter gewissen Voraussetzungen, übertragen soll. Die zukünftige Entwicklung wird andere Wege als die des Art. 15 der Satzung finden müssen, wenn die Bahn für eine vernünftige Fortentwicklung der Vermittlung freigemacht werden soll.

Jedenfalls hat die Kommission nicht nur mit großer Sachkunde, sondern auch sehr fortschrittlich gearbeitet. Es gibt wenige Kommissionen des Völkerbundes, von denen man wie von dieser sagen kann, daß ihre fortschrittliche Gesinnung eher zu groß als zu klein war.

Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei.

Mannheim, 22. März.

Die Nationalliberale Correspondenz berichtet u. a.: Unter außerordentlich starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches trat gestern der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei in Mannheim zusammen. Der Vorsitzende, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, erstattete den Bericht über die politische Lage und erörterte dabei die großen Probleme der Zeit und Zukunft.

Seinen mit großem Beifall aufgenommenen Darlegungen folgte eine eingehende Aussprache, an der sich u. a. auch Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer beteiligte. Das Ergebnis der Aussprache über die Finanz- und Steuerfragen konnte der Vorsitzende unter Zustimmung des ganzen Zentralvorstandes dahin zusammenfassen, daß die Partei im Interesse des Reiches und Volkes eine Entlastung der Wirtschaft durch Steuersenkung für unbedingt erforderlich halte. Sollte sich herausstellen, daß die Fraktion trotz stärkster Bemühungen nicht das Maß von Sanierung unserer Wirtschaft und Finanzen durchsetzen könne, das sie zu erreichen für notwendig halte, dann stehe sie vor der Frage letzter Konsequenz. Das sei die sachliche Politik, auf deren Boden sich die ganze Partei zusammenfinden müsse.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei faßte eine Entschließung, in der er den Ausführungen des Parteiführers und Vorsitzenden der Reichstagsfraktion zur politischen Lage, Beschlüssen des Reichsausschusses und der Reichstagsfraktion vom 2. März zustimmt und die Erwartung ausspricht, daß die Reichstagsfraktion daran unbeirrt festhalten wird. Dem Parteiführer und der Fraktion spricht der Zentralvorstand sein Vertrauen aus. Wie bekannt, wurde vom Parteivorstand, vom Reichsausschusse und von der Reichstagsfraktion einstimmig ein Beschluß gefaßt, in welchem u. a. der Auffassung Ausdruck verliehen wird, daß das Kernstück jeder Finanzreform eine Entlastung der Wirtschaft, die Wiederherstellung der Rentabilität in Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie sowie die Förderung der Kapitalbildung sein muß. Protestiert wird gegen eine neue Erhöhung der direkten Steuern, gleichviel unter welcher Bezeichnung sie erfolgt. Gefordert wird: Gesetzliche Sanierung der Ausgabensenkung in Reich, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch durch Sanierung der Arbeitslosenversicherung und unter Vermeidung jeder weiteren Erhöhung von direkten Steuern, gesetzliche Festlegung einer Senkung dieser Steuern vom Beginn des nächsten Haushaltjahres ab.

Der Reichsparteitag wurde heute vormittag im Nibelungensaal des Rosengartens offiziell eröffnet. An dem auf der Musikterrasse aufgestellten Vorstandstische hatten neben dem Parteiführer, Reichsminister a. D. Scholz, die Reichsminister Dr. Curtius und Dr. Moldenhauer, ferner andere führende Persönlichkeiten der Partei aus den Länderministerien und Parlamenten Platz genommen. Der Saal selbst war festlich geschmückt, u. a. auch mit Fahnen in den Farben des Reiches, des Landes Baden, der Stadt Mannheim und in den Farben des alten Reiches.

Parteivorsitzender Dr. Scholz eröffnete die Tagung mit den Vorschlägen, zum Tagungsvorsitzenden Reichstagsabgeordneten Dr. Kahl zu bestimmen, zum stellvertretenden Vorsitzenden Frau Julie Bassermann-Mannheim und ferner u. a. zu Tagungsvorsitzenden den badischen Volksparteiführer Steindl-Baden-Baden und den pfälzischen Parteiführer Dr. Burger-Ludwigshafen. Abgeordneter Dr. Kahl übernahm den Tagungsvorsitz mit einer Ehrung des verstorbenen Reichsaußenministers Dr. Stresemann, zu der die Versammlung sich von ihren Plätzen erhob.

Das rheinische Zentrum und die Young-Gesetze.

Köln, 22. März.

Der Parteiausschuß der rheinischen Zentrumspartei trat gestern hier zur Besprechung der Young-Gesetze zusammen. Unter den Anwesenden bemerkte man den Reichsminister Dr. Wirth, den Reichsminister v. Guérard, den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, den Reichstagsvizepräsidenten Esser und zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete. Der Vorsitzende, Justizrat Moennig, dankte der Reichstagsfraktion für ihre Haltung bei der Verabschiedung des Gesetzes.

Reichsminister Dr. Wirth ging nach der „Kölnischen Volkszeitung" bei der Besprechung der Stellung des rheinischen Gebietes im Völkerrecht zu den Haager Verhandlungen über. Ein Vergleich zwischen dem Dawes-Plan und dem Young-Plan zeige, daß der neue Plan objektiver und realistischer sei, wenn auch nicht ohne starken politischen Einschlag. Unter dem Young-Plan käme Deutschland ziffernmäßig besser davon. Das Entscheidende sei, daß Deutschlands Leistungen beim neuen Plan definitiv nach oben begrenzt seien. Beim Dawes-Plan habe niemand sagen können, wann sich das System einmal totlaufen würde. Beim Transfermoratorium werde es sich zeigen, ob lediglich juristische Formen endgültig entschieden, oder ob die tatsächliche wirtschaftliche Lage Deutschlands und der Welt zu einer Abänderung des Planes führen müsse.

Annahme der Mineralölsteuervorlage durch das Reichskabinett.

Berlin, 22. März.

Wie wir von zuständiger Seite hören, ist die vorgestern dem Kabinett übermittelte Steuervorlage für Mineralöl im Kabinett angenommen und an den Reichsrat weitergeleitet worden.

Neue Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften für das Pflegepersonal in der Säuglings- und Kleinkinderpflege.

Berlin, 22. März.

Der Reichsrat stimmte in seiner Sitzung vom 20. d. M. mehreren vom Reichsminister des Innern vorgelegten Entwürfen zu, nach denen die Landesregierungen ersucht werden, die Ausbildung und staatliche Prüfung des Pflegepersonals auf dem Gebiete der Säuglings- und Kleinkinderpflege nach bestimmten Richtlinien einheitlich zu regeln. In Zukunft wird unterschieden werden zwischen Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, die in einem einjährigen Lehrgang ausgebildet und für die Pflege gesunder Säuglinge und Kleinkinder in der Familie bestimmt sind und zwischen Säuglings- und Kleinkinderschwestern, die nach zweijähriger Ausbildungszeit vorzugsweise für die Versorgung kranker Kinder, in erster Linie in Anstalten, in Betracht kommen.

Tätigkeitsbericht der Reichspost.

Berlin, 22. März.

Dem Reichstage ist vom Reichspostministerium soeben ein Tätigkeitsbericht für 1929 vorgelegt worden. Aus ihm geht hervor, daß das letzte Jahr im Zeichen des weiteren Ausbaues der in Organisation, Verwaltung und Betrieb in den letzten Jahren eingeleiteten und durchgeführten Reformmaßnahmen stand. In den Groß- und Mittelstädten wurden zur Verbesserung der Auslieferungsgelegenheiten „Postfellen" eingerichtet, die von Privatpersonen nebenamtlich verwaltet werden; sie haben sich bewährt. Die Verkraftung und Verbesserung des Landpostdienstes wurde weiter ausgebaut. Im transkontinentalen und im Überseeverkehr wurde das Flugzeug in steigendem Maße in den Dienst der Postbeförderung gestellt. Der Selbstanschlußbetrieb machte gute Fortschritte; Ende 1929 waren 45 Proz. aller Hauptanschlüsse an selbsttätig betriebene Vermittlungsstellen herangeführt. Auf den Gebieten der Mechanisierung, Normung und Typung zeigte sich ein reges Vorwärtsstreben. Im Rahmen der Betriebsbedürfnisse konnten umfangreiche Lieferungsaufträge an die allgemeine Wirtschaft vergeben werden; in enger Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsämtern wurde dadurch erzielt, die Konjunkturausschläge, namentlich im Hoch- und Tiefbau, ferner in der Schwachstrom- und Automobilindustrie zu mildern, die Schäden der wirtschaftlichen Depression wurden verringert und so der Arbeitslosigkeit wesentlich gesteuert. Die Bestrebungen der Reichsregierung auf wirtschaftliche Berücksichtigung des deutschen Ostens sowie der besetzten und der sonstigen Grenzgebiete wurden durch Vergebung von namhaften Aufträgen wirksam unterstützt.

Die Verkehrszahlen lassen erkennen, daß das weitere Abgleiten der Konjunktur die Verkehrsentwicklung der Deutschen Reichspost im Jahre 1929 noch nicht wesentlich beeinflußt hat. Der Gesamtverkehr hat sich vielmehr im allgemeinen zufriedenstellend entwickelt. In der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1929 ist zwar die Paket- und die Telegrammaufliefer ung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres wieder etwas zurückgeblieben. Die Rückgänge sind aber geringer als 1928; sie

Von der Würde des Buches.

Von Arthur Hertz.

In einem Buche bietet ein Mensch seinen Geist oder seine Seele aus und bietet sie uns dar. Das allein fordert unsere Ehrfurcht und gebietet, daß wir in stiller Sammlung zuhören.

Ein Buch, das zu uns kommt, ist wie ein Gast unseres Hauses. Darum sollen wir ihm mit Respekt und Wärme, aber nicht mit kühler Überlegenheit, entgegengehen.

Ein Buch ist immer der Träger eines Geistes. Darum sollen wir auch den Körper, in dem der Geist Raum und greifbare Gestalt gefunden hat, pflegen und mit behutsamen Händen halten.

Wenn ein Mensch ein Buch ausleiht, so will er dem Anderen von der Freude geben, die er selber von dem Buche empfangen hat. Wie dürfte man da zögern, die Freude wieder so bald wie möglich dem Hause zurückzugeben!

Ein Buch ist kein Hausgerät, sondern ein Schmuck des Hauses. Wenn wir jenes zu schonen trachten, wie müssen wir dieses pflegen!

Ich habe Bücher, aus denen schon Vater und Großvater gelernt haben. Und nichts, was mir von ihnen überkommen ist, verbindet mich inniger und lebendiger mit ihnen als diese Bücher, die sie gebildet, vielleicht gar geformt haben. Denn ein Buch geht in uns, ob wir es gleich gewahr werden oder nicht, und keiner von uns weiß, wieviel von dem, was er in sich trägt, was seine Gesinnung oder seine Handlung bestimmt, aus Büchern in ihn gelegt worden ist.

Jedes Buch, das wir in uns nehmen, wird zum Richter unserer Selbstbesinnung. Wie sollten wir da dem Buche nicht alle Ehre, alle Furcht, alle Ehrfurcht und alle Dankbarkeit geben!

•

Reichskundgebung in Leipzig.

Am Vorabend des Tags des Buches, der, wie im Vorjahr, im ganzen Reich am 22. März, dem Todestage Goethes, begangen wird und unter das Thema „Jugend und Buch" gestellt ist, fand in Leipzig die Reichskundgebung statt, die durch Übertragung auf sämtliche Sender in Deutschland dem ganzen Volk zugänglich gemacht wurde.

Der Protektor des Tags des Buches, Reichsinnenminister Severing, eröffnete die Kundgebung mit einer Ansprache, in der er zunächst zum Ausdruck brachte, daß er der Aufforderung des Arbeitsausschusses, wie im vergangenen Jahr auch diesmal an der Kundgebung des Tags des Buches teilzunehmen, gern gefolgt ist, weil er mit diesem Besuch das Interesse der Reichsregierung an den Bestrebungen des Arbeitsausschusses zum lebendigen Ausdruck bringen möchte. Der Minister fuhr dann fort: Besonders der Umstand, daß wir uns in der Stadt des Buchhandels und der Deutschen Bücherei befinden, hat das Urteil über die Kundgebung beeinflußt und gewandelt. Wie im vergangenen Jahr, so muß ich auch heute dagegen ankämpfen, als ob der Tag des Buchs nur eine leere Demonstration sei, als ob der Tag des Buchs dazu bestimmt sei, eine Art amtlicher Reklame für den privaten Buchhandel auszuführen. Davon kann keine Rede sein, und ich bin auch weit davon entfernt, der Auffassung Ausdruck zu geben, als ob mit der Propaganda eines Tags des Buches die Nöte des deutschen Buchhandels oder der Kulturkrise des deutschen Volkes behoben werden könnten. Ich bin aber doch der Meinung, daß es sich lohnt, an einem Tage im Jahr dem deutschen Volk zuzurufen, daß es die hohen Kulturgüter, die im alten und neuen Buch liegen, nicht verschütten und nicht zurückdrängen lassen soll von der Amerikanisierung unseres Kulturlebens. Ich möchte dabei, um nicht mißverstanden zu werden, einer Übertreibung entgegentreten, die gelegentlich zum Ausdruck bringt, als ob Film und Radio und Schallplatte geschworene Feinde des guten deutschen Buches seien. Ich bin vielmehr der Meinung, daß auch Radio und Film Anregung geben könnten, die wiederum dem Buchhandel eine gewisse Befruchtung bringen könnten. Wir wollen deswegen bei der Kritik der Mechanisierung unseres Kulturlebens nicht das Kind mit dem Bade ausschütten mit der Behauptung, daß Film und Radio die erklärten Feinde des Buches und der Kultur seien und wir wollen uns daran erinnern, daß wir ganz besonders in einer Zeit der Kulturkrise verpflichtet sind, dem deutschen Volke zu sagen, daß es in seiner guten Tradition, in der Pflege des guten Buches, nicht nachlassen darf. Freilich mit der Propaganda allein ist es nicht getan, und wer dem guten deutschen Buch auch in dieser Zeit die Wege ebnen will, muß sich klar darüber sein, daß die Buchkrise und darüber hinaus die Kulturkrise unserer Tage nichts anderes ist als eine Begleiterscheinung der großen politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die wir mit durchleben.

Hierauf sprach der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Reichstagsabgeordneter Dr. Siegfried v. Kardorff. In einer Zeit, in der der alte Mittelstand nahezu verschwunden ist und der neue Mittelstand von der Erwerbslosigkeit bedroht ist, kann man einen reißenden Absatz des deutschen Buches nicht erwarten. Wir müssen uns deswegen klar darüber sein, daß eine Besserung nur eintreten kann, wenn die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des deutschen Volkes sich bessern. Und unseren Dichtern und Schriftstellern möchte ich hier zurufen, daß das Schrifttum Verantwortungsbewußtsein nicht nur fühlen, sondern auch erfüllen muß. Dichter und Schriftsteller können und sollen keine Schönfärber sein, aber sie sollen auch nicht bewußt grau in grau malen. Dazu gehört ein gut Stück Optimismus, Zukunftsglaube und Zuversicht an einen Wandel der deutschen Kultur und des deutschen Buches sollen den heutigen Tag des Buches auszeichnen, und wenn diese Forderung erfüllt ist, wenn wir den Glauben an die deutsche Zukunft mehren, dann werden wir in einigen Jahren feststellen können, daß wir einer besonderen Propaganda des guten Buches nicht bedürfen; dann wird sich der Bildungshunger des deutschen Volkes in glänzendem Lichte zeigen und wir werden wieder das Prädikat verdienen, daß wir das Volk der Denker und der Dichter sind.

Es folgten Vorträge von Dr. Frank Thieß über „Buch und Leben", Juliane v. Stockhausen über „Das Wesen des jungen deutschen Geistes". Den Abschluß bildete ein Zwiegespräch des Professors an der Universität Leipzig Dr. Litt und des Kritikers Wolfgang v. Einsiedel, in dem die Bedeutung des Buches für die Jugend erörtert wurde.

Das fünfte Symphonie-Konzert Reihe A

brachte im Rahmen eines erfreulicherweise wieder recht einheitlichen Programms als Neuheit ein größeres Orchesterwerk Introduktion, Passacaglia und Doppelfuge über den Choral: „Wachet auf, ruft uns die Stimme" von Ernst Gernot Klußmann, einem aus Hamburg stammenden, an der Rheinischen Musikschule in Köln als Theorielehrer wirkenden Komponisten Ernst Gernot Klußmann. Ein bedeutendes, starkes Können und nicht minder starke innere treibende Kräfte erkennen lassendes Werk. Es setzt sich in einer, man möchte sagen aufwühlenden, auch vor grellen Dissonanzen nicht zurückschreckenden Weise mit dem Thema auseinander und krankt nur an einem Mangel an Ökonomie. Der Komponist steht gewissermaßen immer unter Hochdruck, und es fehlt an Ruhepunkten, um die Steigerungen sich nicht manchmal überstürzen zu lassen. Aber die Doppelfuge am Schlusse baut sich so mächtig und bezwingend auf, daß sie durchschlug und dem Werke den Erfolg sicherte, von dem sich der Komponist persönlich überzeugen konnte. Der glänzenden Wiedergabe des Werkes durch Kupfschbach und die Kapelle hatte dieser die eines prächtigen, lebensfrohen Händelschen Doppelkonzerts in F-Dur für Streichorchester und zwei Bläserchöre vorangehen lassen. Die gesunde Mannhaftigkeit dieser Musik und die ursprüngliche Spielfreudigkeit, die das Werk atmet, wirkten sich bei der ausgezeichneten Besetzung der Bläserchöre unsrer herrlichen Kapelle unwiderstehlich aus. — Und den Schluß des genußreichen Abends, der seinem Leiter reichen Beifall eintrug, bildete eine schöne, das Werk aus sich selbst wirken lassende Wiedergabe der Beethovenschen C-Moll-Symphonie. O. S.

Von der Mirag.

„Römische Fontänen". Einen neuen Versuch enger, stimmungsmäßiger Verbindung von